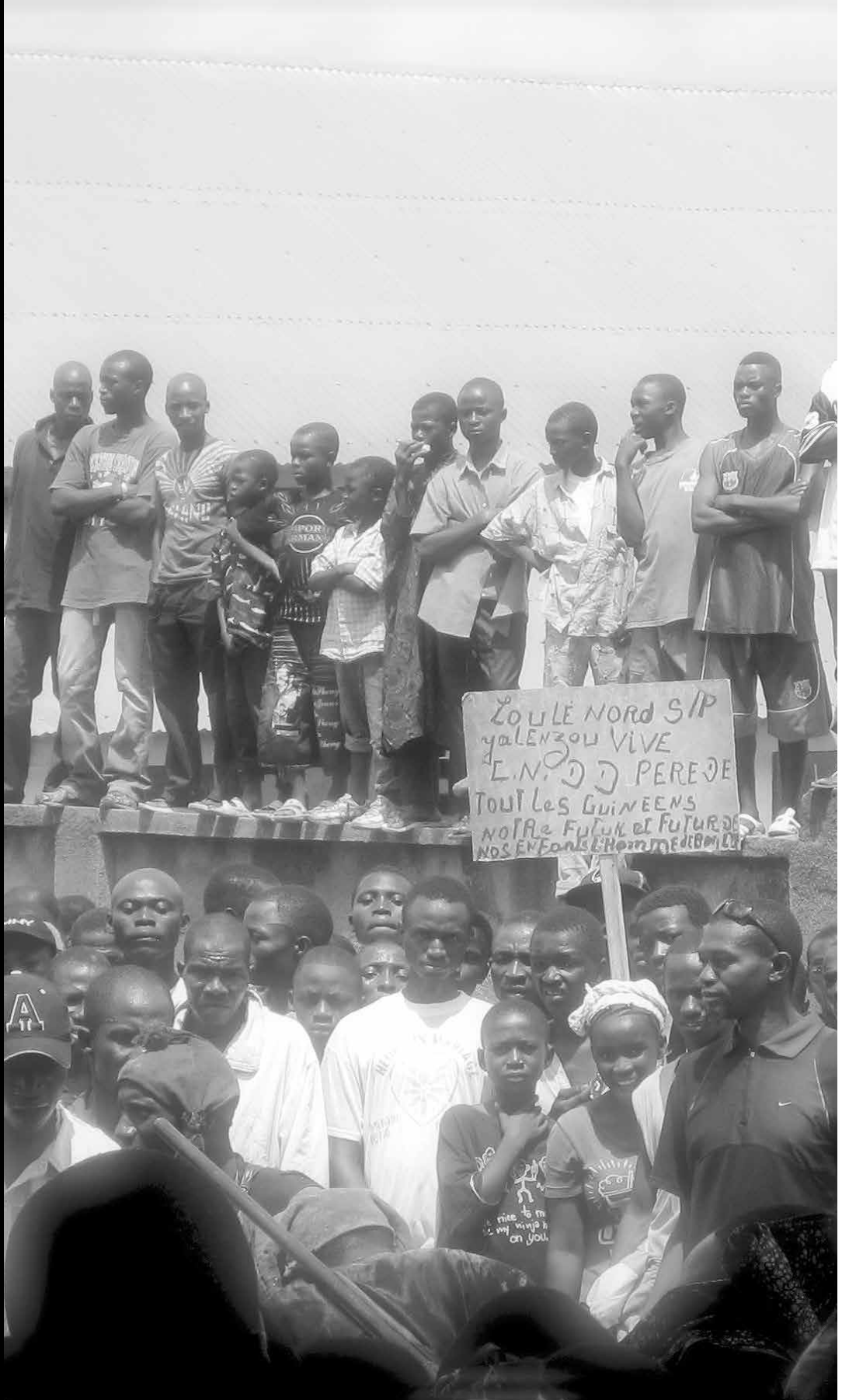


# afrika-bulletin

Nov./Dez. 2013  
Fr. 5.-/Euro 4.-



Guinea Conakry





Hans-Ulrich Stauffer, Gründungsmitglied des Afrika-Komitees und seit 1976 Redaktor des Afrika-Bulletins, ist in Basel als Rechtsanwalt und Pensionskassenmanager tätig. Er ist Honorarkonsul der Republik Kap Verde.

Die vorliegende Ausgabe des Afrika-Bulletins befasst sich mit der jüngeren Entwicklung Guineas. Dieses westafrikanische Land – immerhin 250 000 Quadratkilometer gross mit rund 10 Millionen EinwohnerInnen – stand bis jetzt nie im Fokus des Afrika-Bulletins. Doch die Entwicklung Guineas ist spannend.

Als Frankreich 1958 in seinen afrikanischen Kolonien Volksabstimmungen über den künftigen Status durchführte, optierte Guinea als einzige Kolonie für die vollständige Unabhängigkeit. «Nous préférons la liberté dans la pauvreté à la richesse dans l'esclavage» (Wir ziehen die Armut in Freiheit dem Reichtum in der Sklaverei vor), so lautete das Motto, mit welchem Sékou Touré in den Abstimmungskampf gezogen war. Mit der Ausrufung der Republik am 2. Oktober 1958 kam es zum Bruch mit Frankreich.

Unter Sékou Touré verfolgte der junge Staat eine panafrikanische, nationalistische Politik. Zahlreiche Befreiungsbewegungen und Oppositionelle fanden in Guinea eine neue Heimat oder zumindest einen vorübergehenden Aufenthaltsort, beispielsweise die südafrikanische Sängerin Miriam Makeba oder die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und den Kapverden (PAIGC) mit ihrem pragmatischen Führer Amílcar Cabral.

Doch wirtschaftlich zeichnete sich trotz reichhaltiger Bauxitvorräte ein Niedergang ab. Das Land wurde auch zunehmend politisch instabil. Beides zeichnete Guinea in den letzten zwei Jahrzehnten. Heute scheint sich eine gewisse Stabilität eingestellt zu haben – nicht zuletzt auch nach (endlich) freien und fairen Wahlen. Die jüngste Entwicklung wird im vorliegenden Bulletin von Carole Ammann und Michelle Engeler nachgezeichnet. Joschka Philipps zeigt überraschend auf, wo lokal Macht herrscht oder entsteht. Alena Mehlau geht der Sicherheitsfrage und damit der Rolle des Militärs nach, und Matthieu Bolay geht auf wirtschaftliche Zusammenhänge ein. Eine spannende Lektüre ist angesagt! ■

Hans-Ulrich Stauffer

## Impressum

**Ausgabe 152 | November/Dezember 2013**  
**ISSN 1661-5603**

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 38. Jahrgang.  
*Herausgeber:* Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel

*Redaktionskommission:* Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

*Das Afrika-Komitee im Internet:* [www.afrikakomitee.ch](http://www.afrikakomitee.ch)  
*Das Zentrum für Afrikastudien im Internet:* [www.zasb.unibas.ch](http://www.zasb.unibas.ch)

*Redaktionssekretariat:* Beatrice Felber Rochat  
*Afrika-Komitee:* Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz  
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50  
*E-Mail Redaktionelles:* [afrikabulletin@afrikakomitee.ch](mailto:afrikabulletin@afrikakomitee.ch)  
*E-Mail Abonnemente und Bestellungen:* [info@afrikakomitee.ch](mailto:info@afrikakomitee.ch)

*Postcheck-Konto Basel:* 40-17754-3  
*Für Überweisungen aus dem Ausland:*  
in CHF: MigrosBank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7  
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9  
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

*MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:* Carole Ammann (Red.), Veit Arlt (Red.),  
Mathieu Bolay, Michele Engeler (Red.), Pius Frey, Susy Greuter (Red.),  
Johannes Knierzinger, Alena Mehlau, Mariusz Lukaszewicz, Joschka Philipps,  
Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer, Paul Sutermeister, Henri Yéré.

*Gestaltungskonzept:* typoHaller  
*Druck:* Rumzeis-Druck, Basel

*Inserate:* Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage  
*Jahresabonnement:* Fr. 30.–/Euro 25.–  
*Unterstützungsabonnement:* Fr. 60.–/Euro 50.–  
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 40.– ist das Abonnement enthalten.

*Redaktionsschluss Nummer 153:* 31. Dezember 2013  
*Schwerpunktthema:* Soziale Bewegungen.  
*Schwerpunktthemen nächster Ausgaben:* Politische Partizipation und Demokratie,  
Religion und Politik, Verkehr, Wahrnehmung Afrikas. Interessenten an einer  
Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

*Unser Titelbild:* Jugendprotest in Guinea Conakry (Bild: Joschka Philipps, 2009).

# «Guinée is back»?

## Ein Land zwischen Wandel und Kontinuität

Guinea hat in den letzten Jahren tiefgreifende Veränderungen erlebt: Mehr als fünfzig Jahre nach der Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich fanden 2010 Präsidentschaftswahlen statt, die viele BeobachterInnen erstmals als demokratisch einstufen. Doch nebst Veränderungen ist das Land auch von Kontinuität geprägt – beides führt mitunter zu politischen aber auch sozialen Spannungen, wie Carole Ammann und Michelle Engeler beobachten.

Ende September 2013 fanden in Guinea-Conakry nach zahlreichen Terminverschiebungen Parlamentswahlen statt. Damit ist der Übergang zu einer zivilen Regierung zumindest offiziell abgeschlossen – fast drei Jahre nachdem Alpha Condé am 21. Dezember 2010 die Präsidentschaft angetreten hat. Condés Motto «Guinée is back» hat viel versprochen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der turbulenten Jahre vor den Wahlen. 2007 zeigte ein Generalstreik den Unmut und die Unzufriedenheit vieler Teile der Bevölkerung deutlich auf. 2008 starb Guineas langjähriger Machthaber Lansana Conté, worauf sich eine Gruppe Militärs an die Macht putschte, die sich Conseil National de la Démocratie et du Développement (CNDD) nannte. Auch Conté, der 24 Jahre lang die Macht hielt, war nach dem Tod von Guineas erstem Staatspräsidenten Ahmed Sékou Touré im Jahr 1984 über einen Militärputsch an die Macht gekommen. Der vom CNDD ernannte Präsident Moussa Dadis Camara hielt sich ungleich weniger lang an der Spitze. Im Dezember 2009 wurde er bei einem Schusswechsel vom Chef der Präsidialgarde schwer verletzt. Camaras Stellvertreter, Sékouba Konaté, übernahm die Amtsgeschäfte und setzte eine Übergangsregierung ein. Diese organisierte im Juni 2010 Präsidentschaftswahlen, die Alpha Condé nach einer Stichwahl im November 2010 mit 52,5 Prozent der Stimmen gegen seinen Hauptkontrahenten Cellou Dalein Diallo gewann.

### Ethnizität prägt Parteizugehörigkeit

Während der Wahlperiode nahmen die Querelen zwischen den grössten politischen Parteien zu. Letztere definieren sich oft entlang ethnischer Zugehörigkeit und weniger über unterschiedliche Wahlprogramme, was sich in zahlreichen Auseinandersetzungen zwischen Parteianhängern bzw. den zwei zahlenmässig grössten ethnischen Gruppen Guineas, den Malinké und Peul, widerspiegelte. Ethnizität ist jedoch nicht erst seit den jüngsten Wahlen Identifikation und politisches Instrument zugleich, sondern prägt das Land schon seit Jahrzehnten.

### Kontinuität inmitten instabiler Nachbarstaaten

Trotzdem ist Guinea seit der Unabhängigkeit nie entlang ethnischer oder anderer Bruchlinien zerfallen. Zu Zeiten des sozialistischen Regimes Sékou Tourés vermochten zahlreiche nations- und staatsbildende Massnahmen den Menschen eine überethnische, nationale Identität zu vermitteln – oder aufzuzwingen, je nach Perspektive. Mit der neoliberalen Neuausrichtung unter Lansana Conté wurde das Land nicht nur ökonomisch reorganisiert, sondern auch ein Mehrparteiensystem eingeführt. Aufgrund (oder trotz) dieser Differenzierung der Politik kam es nie soweit, dass bestimmte Parteien oder Gruppierungen den bewaffne-

ten Kampf der Politik vorzogen, geschweige denn separatistische Bewegungen Teile des Landes destabilisierten. Gerade der Blick auf Nachbarländer wie Sierra Leone, Liberia, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau und in jüngster Zeit Mali zeigt, dass dies nicht selbstverständlich ist. Guinea war in einigen dieser Konflikte unter anderem über immense Flüchtlingsströme, Waffenlieferungen und nebulöse Unterstützung der einen oder anderen Rebellenbewegung verstrickt – und doch führte dies nicht zur Destabilisierung des Landes. Im Gegenteil, gerade während der Bürgerkriege in Sierra Leone und Liberia wusste Lansana Conté den starken nationalen Zusammenhalt geschickt für seinen Machterhalt zu nutzen. Dass während dieser Zeit – wie schon zuvor in der Geschichte des Landes – insbesondere die USA und Frankreich die Geschicke des Landes mitbestimmten, ist bekannt. Trotzdem bleibt es eine der Kontinuitäten Guineas, dass die Differenzen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen nie in einen Bürgerkrieg mündeten.

In zahlreichen Bereichen lässt sich ein entsprechendes Mäandrieren zwischen Veränderungsprozessen und Kontinuität beobachten. Einige dieser Prozesse werden in dieser Ausgabe besprochen: soziale Spannungen in Guineas Hauptstadt Conakry, aktuelle Reformprozesse aber auch Stagnationen im Sicherheitssektor, sowie ökonomische und sozio-politische Entwicklungen im Kontext des industriellen und artisanalen Bergbaus. ■

Carole Ammann ist Doktorierende der Ethnologie an der Universität Basel. Ihre Forschung im Rahmen des Projektes «The Work of State Imageries» beschäftigt sich mit Staatlichkeit, Geschlecht und politischem Wandel in Kankan, Guinea.  
Kontakt: carole.ammann@unibas.ch

Michelle Engeler ist Postdoc am Zentrum für Afrikastudien Basel und Assistentin am Ethnologischen Seminar der Universität Basel. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Jugend, Generationenverhältnisse und politischer Wandel in Westafrika. In Ihrer Doktorarbeit untersuchte sie die Beziehungen zwischen Jugend und Staat in Guéckédou, Guinea. Kontakt: michelle.engeler@unibas.ch

# Politische Konflikte in Conakry

## Orte der Macht und die Macht der Orte

In den letzten Jahren hat sich die Politik in Conakry vermehrt auf die Strasse verlagert, nicht zuletzt weil das Parlament leer stand. Dabei hat sich neben dem Machtzentrum Kaloum ein weiterer politischer Knotenpunkt entwickelt: die Route Le Prince, wahlweise auch «Achse des Bösen» oder «Achse der Befreiung» genannt. Wie Joscha Philipps aufzeigt, beleuchten beide Orte die Konfliktlinien, die auch nach der Parlamentswahl eine wichtige Rolle spielen werden – in der Hauptstadt und darüber hinaus.

Will man die politischen Spannungen in der guineischen Hauptstadt Conakry verstehen, so kann man dies anhand zweier Orte versuchen. Der eine Ort heisst Kaloum. Der Stadtteil markiert die Spitze von Conakry; auf einer Karte sieht er aus wie ein Tropfen, der von der restlichen Halbinsel abperlt. Seit der Kolonialzeit ist er das politische Machtzentrum, Knotenpunkt der guineischen Verwaltung und des internationalen Handels.

Der andere Ort sind die Viertel entlang der Route Le Prince, insbesondere Hamdallaye, Bambéto, und Cosa. Geographisch gesehen liegen sie in der Mitte der Hauptstadt, politisch aber gelten sie vielen als Sinnbild der Marginalisierung und als politisches Pulverfass. Ein Grossteil der guineischen Demonstrationen und Proteste der letzten Jahre nahmen hier ihren Ursprung – auch zuletzt, in den Monaten vor der Parlamentswahl Ende September. Beide Orte erzählen eine nennenswerte Geschichte zu den politischen Konflikten, die seit 2007 immer wieder aufflammten und auch jetzt, während der Auszählung der Parlamentswahlen, zu eskalieren drohen.



Kaloum: Conakrys äusserste Spitze als Zentrum der Macht (Karte: Wikimedia Commons, bearbeitet vom Autor).

Fangen wir an mit Kaloum. Die Strassen und Viertel im Schachbrettmuster erinnern an die französische Stadtplanung und lassen teilweise erahnen, weshalb Conakry im Westen einst als Perle Afrikas galt. Das jedoch ist lange her. Lange bevor die Inflation Mitte 2000 selbst Grundnahrungsmittel unerschwinglich machte; lange bevor der Grossteil der Stadt nur noch alle zwei Nächte mit Strom versorgt wurde und Conakry als dunkelste Hauptstadt der Welt bezeichnet wurde. Nur in Kaloum brannte jede Nacht Licht, denn hier waltete die Regierung und die Administration, deren Institutionen immer stärker von Patronage-Netzwerken geprägt wurden. Ex-Präsident Lansana Conté verstand es, während seiner Amtszeit von 1984 bis 2008 seine politischen Gegner entweder in seine Netzwerke einzubinden, oder, im Falle des damaligen Oppositionellen und jetzigen Präsidenten Alpha Condé, sie einzusperrten und ins Exil zu treiben. Wirtschaft und Politik, beide konzentriert in Kaloum, waren in einem solchen Masse verstrickt, dass 22 Millionen USD aus der Zentralbank veruntreut werden konnten, und die Verantwortlichen, ein Unternehmer und der ehemalige Vize-Chef der guineischen Zentralbank, nach nur zehn Tagen Haft freigelassen wurden – auf Befehl des damaligen Präsidenten, der kommentierte: «Ich bin der Staat, ich bin die Regierung, ich bin die Justiz.»

Das war im Dezember 2006. Nur einen Monat später riefen die beiden grössten Gewerkschaftsorganisationen Guineas zum Generalstreik auf und das Land erlebte das bis dahin grösste politische Erdbeben seiner Geschichte. In allen Regionen des Landes demonstrierten Menschenmassen für ein Ende der Korruption und die Ernennung eines neuen Premierministers. In Conakry marschierten geschätzte 30000 die Halbinsel entlang gen Südwesten – auf Kaloum zu. Auf dem schmalen Stück Land, das Kaloum mit dem Rest der Stadt verbindet, wurden sie von den Staatskräften abgefangen, die in die Menge schossen. Allein an diesem Tag starben 30 Demonstranten, 165 wurden verletzt. Ein junger Mann, der damals vor Ort war, sagte mir in einem Interview: «Wären wir damals nach Kaloum reingekommen, wir hätten es vor Wut auseinandergeworfen.»

Doch Kaloum blieb intakt. Lansana Conté regierte noch knapp zwei Jahre, bevor er starb und die Militärjunta die Macht übernahm, die wiederum 2010 von Alpha Condé abgelöst wurde. Doch dessen Regierung, wenn auch demokratisch gewählt, steht seit Beginn seiner Amtszeit unter Druck. In regelmässigen Abständen organisiert die Opposition Massenproteste gegen die mangelnde organisatorische Transparenz der seit 2011 anstehenden Parlamentswahlen. Im September 2011, im Mai und September 2012, im Februar, März und Mai 2013: Immer wieder kam es zu Ausschreitungen, die häufig auch Todesopfer forderten. Auch gegenwärtig, während die Stimmen der Wahl ausgezählt und Vorwürfe der Wahlfälschung laut werden, drohen Oppositionsparteien mit Massenprotesten. Die Mehrzahl dieser Demonstrationen und Auseinandersetzungen mit Streitkräften finden auf der Route Le Prince statt.

### Die Route Le Prince und die Ironie der Geschichte

Die Geschichte der Route Le Prince, der so genannten Achse mit ihren Vierteln Hamdallaye, Bambéto, und Cosa, erscheint vergleichsweise jung. Die Strasse wurde erst in den späten 1980ern gebaut. Die Gegend lag lange brach und war Staatsbesitz. Als Lansana Conté 1984 die Macht ergriff, wurde das Land nichtsdestotrotz unter der Hand verkauft, zumeist an Peul (oft auch Fula oder Fulani genannt). Die Volksgruppe der Peul wurde unter Sékou Touré als ehemalige Kolonialisten diffamiert, diskriminiert und oft verfolgt. Viele kamen später aus dem Exil zurück nach Guinea und sahen die Achse als vielversprechenden Ort politischer Freiheit.

Was folgte, erscheint wie eine bittere Ironie der guineischen Geschichte. Angeblich wollte die Regierung unter Lansana Conté 1998 das politische Zentrum auch in das geographische Zentrum der Stadt rücken, d. h. von Kaloum nach Kaporo Rails, ein weiteres Viertel entlang der Achse, das offiziell dem Staat gehörte. Doch als die BewohnerInnen von Kaporo Rails das von ihnen erworbene Land nicht abtreten wollten, wurden Polizei und Gendarmerie gegen sie mobilisiert. Tausende BewohnerInnen wurden vertrieben, ihre Häuser zerstört, es gab 59 Verhaftungen und offiziell neun Tote. Viele verstehen das Manöver bis heute als simple Attacke gegen die politische Opposition entlang der Achse oder gar als Angriff gegen die Peul.

Der Konflikt um Kaporo Rails war ein einschneidender Moment. Die Peul-Bevölkerung entlang der Achse solidarisierte sich mit den Opfern von Kaporo Rails; der Staat wiederum zog sich zurück. Jugendgruppen, die sich wahlweise als Gangs, Clans, Staffs oder auch als Ghetto Youth bezeichnen, bemächtigten sich zunehmend des urbanen Raums entlang der Achse. All dies kümmerte den Staat wenig, solange es ihn nicht bedrohte.

### Politik auf der Strasse

Doch als der Generalstreik 2007 die Achse ergriff, drang das Militär auch in die Viertel von Hamdallaye, Bambéto und Cosa ein, um dort bekämpft zu werden wie eine fremde Gang. Die jungen Männer entlang der Route Le Prince, die jahrelang gelernt hatten, wie man Angriffe plant und ausführt, wie man Attacken ausweicht und sich vor Gewalt nicht fürchtet, lieferten sich die stadtweit brutalsten Kämpfe mit den Militärs. Es war die Zeit, in der Lansana Conté die Route Le Prince als «Achse des Bösen» bezeichnete, ein Label, das die dortige Bevölkerung kurz darauf in «Achse der Freiheit» umformulierte.

In der Folge wurden die Jugendbanden entlang der Achse immer häufiger als Waffe gegen die Regierung verwendet. Oppositionsparteien, vor allem die Union des Forces Démocratiques de Guinée (UFDG) um Oppositionsführer Cellou Dalein Diallo, bezahlten die hoch organisierten und einflussreichen Gruppen für die Organisation von Protesten und für die Mobilisierung der Jugendlichen ihrer Viertel. Und während viele die derzeitigen Proteste als rein ethnische Angelegen-

heit sehen, als Protest der Peul gegen die Malinké-Regierung, haben die meisten der protestierenden Ghetto Youth kulturell eher wenig am Hut mit ihrer ethnischen Herkunft. Ihre konfrontative Subkultur orientiert sich zumeist am globalen Hip Hop und dessen Gangstaklonen. Die Gangjugend der Achse kämpft dennoch im Interesse der dortigen Oppositionsparteien – nicht nur weil sie von ihnen dafür bezahlt wird, sondern auch, weil sie mit den Peul den Status marginalisierter Underdogs teilt.



Jugendproteste in Conakry (Bild: Joschka Philipps 2009).

So stehen die beiden Orte, Kaloum und die Route Le Prince, für zwei verschiedene Formen der Politik. Kaloum ist das Sinnbild für einen Staat, dessen formelle Institutionen über lange Zeit von vielfältigen informellen Netzwerken und Strukturen unterwandert wurden. Die Route Le Prince wiederum repräsentiert den radikalen Machtkampf einer Opposition, die bei den Präsidentschaftswahlen 2010 in Kaloum nicht Fuss fassen konnte. Die Parlamentswahlen spielen nun eine wichtige Rolle in der Weichenstellung für die politische Zukunft Guineas. Vor allem die UFDG-Opposition könnte ihre Vormachtstellung auf der Route Le Prince ausspielen und mit Verweis auf Wahlfälschung Massenproteste organisieren, sollte die Wahl sie nicht entscheidend in Kaloum stärken. Mit anderen Worten: Nur wenn die Resultate von Unregelmässigkeiten bereinigt und von der Opposition akzeptiert würden, könnte die Politik wieder verstärkt im Palais du Peuple, dem Parlament in Kaloum, stattfinden. In diesem Fall bliebe zudem zu hoffen, dass die politische Elite anstelle einer Fortsetzung der alten Politik die Chance auf einen Neuanfang ergreift. Die Ausschreitungen der letzten Jahre machen deutlich, dass in Conakry nichts anderes toleriert würde. ■

Joschka Philipps ist Doktorand am Zentrum für Afrikastudien Basel. Kürzlich erschien sein Buch «Ambivalent Rage» zu Jugendgangs und politischen Konflikten in Conakry bei L'Harmattan, Paris. Derzeit forscht er zum gleichen Thema in Kampala, Uganda. Kontakt: joschka.philipps@unibas.ch.

# Reform des Sicherheitssektors

«Die Sicherheit scheint sich ihrer selbst nicht mehr so sicher»

**Im Frühjahr 2010 evaluierte eine gemeinsame Mission der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS), der Afrikanischen Union (AU) und der Vereinten Nationen (UN) Guineas Sicherheitsbereich. Ihre Empfehlungen sahen eine ganzheitliche Reform vor, inklusive Justiz, Polizei und Militär. Heute ist bei Polizei und Justiz alles beim Alten. Das Militär war Gegenstand von Reformen. In grosser Eile implementiert, sind sie jedoch von fraglicher Nachhaltigkeit. Alena Mehlau erläutert, warum Guineas Sicherheitssektorreform ist, wie sie ist.**

Von 1984 bis 2010 war Guinea in den Händen des Militärs, bis 2008 unter General Lansana Conté, gefolgt von den Offizieren des Conseil National pour la Démocratie et le Développement (CNDD), zunächst Hauptmann Moussa Dadis Camara, dann General Sékouba Konaté. Nach einer Militärrevolte 1996 zerfaserte die Armee zunehmend in teilautonome Clans, die eigene Interessen verfolgten. BewohnerInnen der Städte und der Umgebung von Militärstützpunkten erlebten Uniformierte, die selbstverständlich nahmen und taten, was sie wollten. Ganz besonders der Alltag in der Hauptstadt Conakry war geprägt von der übermächtigen Präsenz der Armee. Bis 2010 verbrachten Passagiere so manche Taxifahrt an der Seite eines Soldaten mit Maschinengewehr.

## Die Gewalt des 28. Septembers

Am 28. September 2009 wurden 1500 Menschen, die gegen Camaras Kandidatur für die Präsidentschaft demonstrierten, im «Stade du 28 Septembre» Opfer brutaler Gewalt. Mehr als 150 von ihnen starben. Ein grosser Teil der Täter gehörte zur Präsidentengarde und zur Gendarmerie. Camara wies alle Verantwortung von sich: Den Befehl habe nicht er erteilt. Die Truppen seien unstrukturiert, kaum zu kontrollieren und nicht geschult für solche Einsätze.

Obwohl die Bevölkerung auch in den Jahren zuvor gewaltsame Repression durch das Militär erleben musste, hat das Ausmass der Brutalität des 28. Septembers, insbesondere die Vergewaltigungen von über 50 Frauen, die zivil-militärischen Beziehungen geprägt. Taxifahrer weigerten sich beispielsweise plötzlich, Uniformierte zu befördern; andererseits fühlten Militärs sich von Zivilen angefeindet und stellvertretend für die Täter des Massakers ungerechtfertigt verurteilt. Die Führungskader des Militärs wählten jetzt in der Öffentlichkeit einen weniger selbstbewussten Tonfall: «La sécurité change de ton, elle n'a plus l'air aussi sûre d'elle!» (Die Sicherheit verändert ihren Ton, sie scheint sich ihrer selbst nicht mehr so sicher!), brachte es eine befragte Person auf den Punkt.

## Internationale Intervention

Wie keine Repression zuvor, rief der 28. September 2009 eine Intervention internationaler Organisationen auf den Plan. Schon am 29. September stellte ECOWAS einen Vermittler vor. Der Internationale Strafgerichtshof schaltete sich ein, und die UN schickten eine Untersuchungskommission nach Conakry. Im Programm für einen Übergang zur Demokratie, das am 15. Januar 2010 Camaras Rücktritt und General Sékouba Konaté als Übergangspräsident festschrieb, erklärten UN, ECOWAS und AU die Sicherheitssektorreform zur con-

ditio sine qua non für jede Unterstützung. Übergangspräsident Konaté, zuvor Verteidigungsminister und Kommandant des mächtigsten Bataillons der Armee, hatte schon zu Zeiten von Camara mehr loyale Gruppen hinter sich als der Präsident selbst. Es gelang ihm bis zu Alpha Condés Amtsantritt im Dezember 2010, die Hierarchiestrukturen wieder funktionstüchtig zu machen. Indem Konaté unter ziviler Präsidentschaft eine bessere Zukunft auch für das Militär in Aussicht stellte (weniger interne Konflikte, eine entspannte Beziehung zum Gros der Zivilen, finanzielle Boni, eine professionelle Ausstattung nach Aufhebung des nach dem 28. September verhängten Waffenembargos), schuf er Akzeptanz für die Machtübergabe.

## UNDP wird Reform-Leader

ECOWAS, AU und UN entsandten im Frühjahr 2010 eine gemeinsame Mission für den Entwurf eines Reformplans. Das Büro des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Guinea hatte die Mission organisiert und damit seine Führerschaft etabliert. Heute beansprucht das UNDP weiterhin Reform-Leadership. Der Reformplan sah eine ganzheitliche Reform vor, inklusive Polizei und Justiz, doch das UNDP konzentrierte sich einseitig auf eilig implementierte Massnahmen zur besseren Kontrolle des Militärs. Ziel war, die reformfreundliche Stimmung, die nach dem 28. September in der Armee dominierte, für schnelle, gut sichtbare Erfolge zu nutzen. Finanziert wurde die Entmilitarisierung aus UN-Töpfen.

## Eine Armee im Rückzug

Heute sind deutlich weniger Uniformierte im Strassenverkehr unterwegs und maximal eine Pistole am Gürtel ist sichtbar. Mehrere Tausend Soldaten wurden von Conakry ins Inland oder an die Grenzen versetzt. Auch dort bleiben die Maschinengewehre jetzt meist unter Verschluss. Insgesamt gibt es weniger Militär: Im Dezember 2011 gingen 3780 Mitglieder von Gendarmerie, Marine, Luftwaffe und Armee – und damit sieben Prozent des Militärpersonals – in den Ruhestand.

Solche strukturellen Reformen beeinflussen jedoch die individuellen Einstellungen wenig. Noch immer zeigen manche Soldaten im Alltag durch ihr selbstbewusstes Auftreten, dass sie sich über den Zivilisten und dem Gesetz verorten. Viele fühlen sich nach wie vor dazu berufen, die Interessenvertretung für Verwandte und Bekannte zu übernehmen. Sie tauchen aber nicht mehr, wie zu CNDD-Zeiten, für alle sichtbar bewaffnet bei der Justiz auf, um dem Richter eine Entscheidung nahe zu legen. UN-Organen veranstalten Trainings, die eine veränderte Einstellung gegenüber Zivilpersonen fördern sollen. Die Lehrinhalte spiegeln

dieses Ziel nicht immer wider. Etwa erläutert ein Polizeihauptmann dem Militärpersonal anhand einer graphischen Darstellung des «Stade du 28 Septembre», was 2009 schief lief, mit den Worten: Demonstrierende seien doch «keine Feinde, sondern nur vorläufig verwirrte Bürger», die es «mit Humanismus zur Vernunft zu bringen» gelte. Gewalt sei also nur nach Vorwarnung einzusetzen, in Zukunft dürfe nicht so wild drauflos geschossen werden.

### Übereilte Militärreform?

Die Pensionierung von 3780 Militärangehörigen war vorschnell: Diese stimmten ihrem Ruhestand in freudiger, aber falscher Erwartung einer üppigen Abfindungssumme von 400 bis 900 Euro zu, erhielten jedoch nur drei Viertel davon. Immer wieder protestieren ehemalige Militärangehörige in der Öffentlichkeit und fordern von der Regierung Unterstützung für die Reintegration ins zivile Leben. Die Zustimmung der 3780 Personen war ohnehin teuer erkauft: Pensionäre in spe fordern jetzt ebenfalls Abfindungssummen. Doch stammte der damalige Bonus als einmalige Zahlung aus UN-Sicherheitsreform-Töpfen. Der Staat selber hat dafür kein Budget. Aus Angst vor Frust ist in diesem Jahr deshalb keine nennenswerte Anzahl von Militärs in den Ruhestand geschickt worden. Eine gründliche Überarbeitung des intransparenten Pensionierungssystems hätte den 3780 Pensionierungen voraus gehen müssen. Ebenso wenig nachhaltig erscheint die Versetzung der Soldaten ins Inland und an die Grenzen. Da die notwendige Infrastruktur nicht zur Verfügung steht, schlafen über 1000 Militärs in Zelten. Gerade während der Regenzeit ist ihre Unzufriedenheit gross. Proteste drohen.

### Alles beim Alten bei Polizei und Justiz

Im Gegensatz zum Militär ist bei Justiz und Polizei bis dato alles beim Alten. Nur 0,4 Prozent des Staatsbudgets fließen in den Justizsektor. So lange ein Magistrat mit 110 Euro monatlich so wenig verdient wie ein Unteroffizier, haben RichterInnen einen guten Grund, ihre Urteile an den Meistbietenden zu verkaufen. Die Polizei hat ebenso wie die Justiz nach wie vor kaum Mittel zur Verfügung. Ihre Schutzhelme und Westen sind von so mieser Qualität, dass sie bei Ordnungseinsätzen dem Steinhagel der Demonstrierenden nicht standhalten können. Während Protesten wurden viele Polizisten verletzt oder suchten das Weite. Vereinzelt schossen sie in Panik auf Demonstrierende. Auch ist der Polizeiapparat völlig unübersichtlich. Eine unbekannte Anzahl Personen erstein Uniformen auf dem Markt, um als inoffizielle StrassenpolizistInnen von Schmiergeldern zu leben. Selbst offiziell rekrutiertes Personal hat oft keinerlei Ausbildung durchlaufen. Mangels anderer Techniken ist Folter nach wie vor eine wichtige Methode zur «Aufklärung» von Fällen.

### Was ist die Rolle Alpha Condés?

Die ersten drei Jahre des Reformprozesses im Sicherheitssektor sind geprägt von einem klaren Fokus auf das Militär. Polizei und Justiz fühlen sich marginalisiert. Das alte Muster militärischer Überdominanz setzt sich damit in den Reformen fort. Dies ist jedoch

keine Folge der Politik Alpha Condés. Seine Rolle ist es, die Reform durch die demokratische Basis seines Amtes zu legitimieren. Das Projekt hat schwer am Umstand zu tragen, dass ihm Gewalttaten des Militärs zugrunde liegen, und dass das UNDP als selbsterklärter Reform-Leader auf schnelle, gut sichtbare Erfolge setzte. Die Reform ist noch keineswegs abgeschlossen, jedoch im öffentlichen Diskurs derzeit wenig wahrnehmbar. ■



Glücklich in den Ruhestand (Bild: Alena Mehlau 2013).

Alena Mehlau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt. In ihrer Dissertation erforscht sie den Einfluss militärischer Gewalt auf Normwandel in Guineas Sicherheitssektor. Kontakt: mehlau@hsfk.de.

# Professionalisierung des artisanalen Goldabbaus

## Formalisierung des Sektors führt zu Widersprüchen

**In Westafrika boomt die nicht-industrielle Förderung von Gold. Die zunehmende Professionalisierung des Sektors ist mit einer massiven transnationalen Mobilität verbunden. Die Regierung Guineas hat diese Aktivitäten lange als marginal wahrgenommen. Ihre zaghaften Versuche der Regulierung haben zum Teil negative Folgen, wie Matthieu Bolay darlegt.**

Seit den 1980er Jahren und insbesondere mit dem Beginn der Finanzkrise 2008 erfuhr der artisanale Goldbergbau («Artisanal and Small Scale Mining», auch als Kleinbergbau bezeichnet) in Westafrika ein ausserordentliches Wachstum. Aufgrund der Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme und der Zunahme der urbanen Bevölkerung wurde der Goldabbau zu einer wichtigen Option für die arbeitslose Jugend in den Städten und zur alternativen Einkommensquelle für die Landbevölkerung. Der massive Anstieg des Goldpreises erhöhte die Attraktivität dieser Tätigkeit weiter und führte zur Erschliessung neuer Schürfstätten. Bis vor kurzem war die Förderung von Gold eine saisonale und komplementäre Aktivität, doch mittlerweile hat sie sich zur Haupteinnahmequelle von zahlreichen wandernden Minenarbeitern entwickelt. Hochflexibel reagieren sie auf saisonale, soziale oder politische Bedingungen und ziehen von einer Abbaustätte zur nächsten. Wird eine neue, lukrative Lagerstätte eröffnet, spricht sich dies in Windeseile herum – auch jenseits der umliegenden Dörfer.

Goldabbaus, was eine grosse ökonomische Abhängigkeit bedeutet. Und während in den meisten Nachbarländern schon länger Reformen des Minensektors vorangetrieben wurden, hat in Guinea der Staat bislang kaum eingegriffen. Erst vor kurzem hat die Condé-Regierung erste Schritte eingeleitet, die zur Formalisierung des Sektors beitragen.

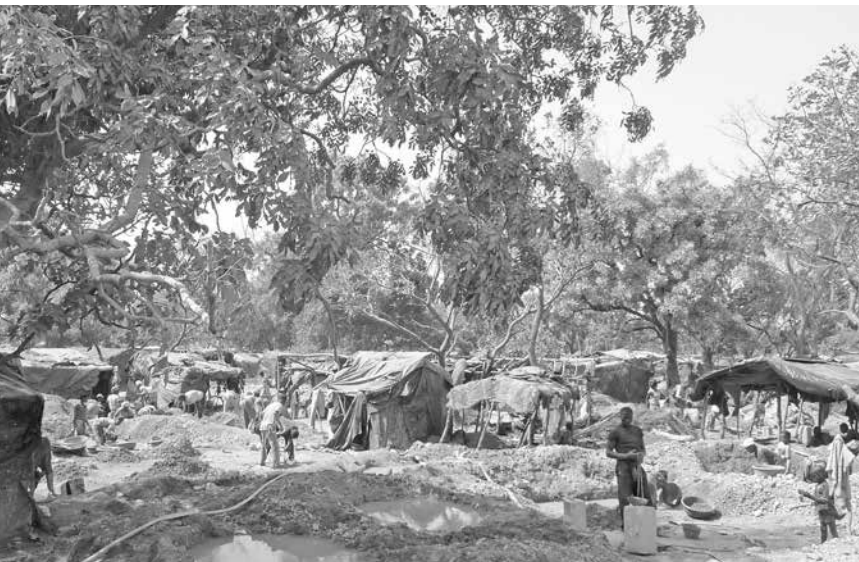
### **Professionalisierung, aber kaum politische Formalisierung**

Neben dem rasanten Anstieg des Goldpreises trug auch der erleichterte Zugang zu Informationen und neuen Technologien zum Boom bei. Wo anfänglich nur die Bauern nach der Ernte in die Minengebiete pilgerten, um ihre Einkünfte zu erhöhen, sind mittlerweile auch gut ausgebildete Stadtbewohner im Goldabbau und örtliche Bäuerinnen in der Goldwäsche tätig. Je nach persönlicher und familiärer Situation werden dabei unterschiedliche Strategien verfolgt: Steht für die Einen die Ergänzung saisonaler Einkünfte aus der Landwirtschaft im Zentrum, suchen insbesondere junge Menschen oftmals das Abenteuer, um dank dem in der Ferne verdienten Geld eine eigene Familie gründen zu können. Die BewohnerInnen der Abbaugelände profitieren dabei hauptsächlich durch die erhöhten Handelsaktivitäten und die Finanzierung von Schürfteams. Dazu kommen all jene, die diese Form des Bergbaus zu ihrem Haupterwerb gemacht haben.

Informationen zum Goldpreis und zu neu entdeckten Abbaugeländen zirkulieren dank des Ausbaus der Mobilfunknetze sehr rasch. Dank günstigen, in China produzierten Pumpen kann nun auch während der Regensaison, die bisher fast ausschliesslich für die Landwirtschaft genutzt wurde, Gold gewaschen werden. Entsprechend widmen sich immer mehr Menschen ausschliesslich dem Goldabbau. Ständen früher familiäre oder nachbarschaftliche Verbindungen im Zentrum, folgt die Professionalisierung nunmehr über neue, direkt mit dem Goldabbau verbundene Netzwerke. Die mobilen Minenarbeiter verfügen über eine immer grössere Expertise: Sie kennen die Anzeichen für Goldvorkommen, achten auf die Stabilität des Bodens und treffen Massnahmen, um das Einstürzen der Schächte zu verhindern. Auch eignen sich die Mineure den Umgang mit neuen Technologien wie Metalldetektoren oder mobiles Internet an.

Trotz Professionalisierung und Wachstum bleibt der Goldabbau eine informelle Angelegenheit. Die Präsenz des Staates beschränkt sich auf das letzte Glied des Abbauprozesses, namentlich die Besteuerung. Diese erfolgt über die dörflichen Autoritäten, die mittels Milizen den Goldabbau überwachen und regulieren. Doch entgeht gemäss den Minenverantwortlichen die Mehrzahl der Fördergebiete der Kontrolle des Staates, da diesem die finanziellen Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen fehlen. Infolge der systematischen Überbewertung beim Ankauf von Gold durch korrupte Angestellte kann die Filiale der guineischen Zentralbank in Kankan ihre Rolle als Hauptabnehmerin des Goldes bei den lokalen Händlern nicht mehr wahrnehmen, wodurch dem Staat markant Einnahmen entgehen.

Der informelle Charakter des Goldabbaus ist freilich kein Hindernis für dessen Ausbau – im Gegenteil:



Lager von obdachlosen Minenarbeitern in der Nähe von Kangaba, Mali (Matthieu Bolay 2011).

Dieses Phänomen ist in den meisten westafrikanischen Ländern zu beobachten. Doch Guinea unterscheidet sich in zweierlei Hinsicht merklich von anderen Staaten: Im Gegensatz zu den zahlreichen neu entdeckten Goldvorkommen in Westafrika, besteht in einigen Regionen Guineas wie z. B. in Bouré und Séké in der Prefecture de Siguiri eine starke Tradition des



Da der Sektor kaum reglementiert ist, müssen sich die semiprofessionellen und mobilen Minenarbeiter weder um Konzessionen noch um Reglementierungen des Schürfortes kümmern und kaum Steuern bezahlen.

## Neue Richtlinien und neue Massnahmen

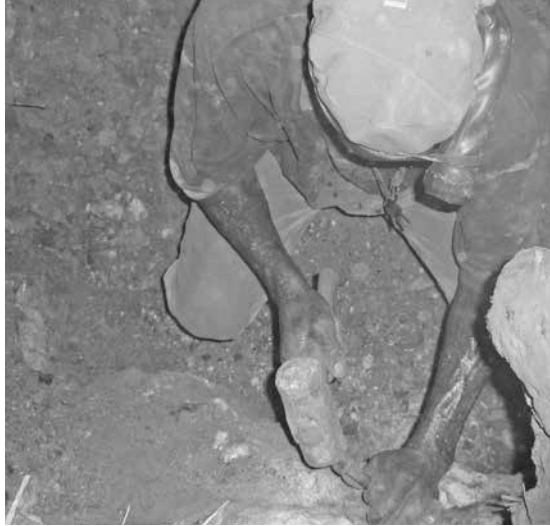
Das 2011 in Guinea verabschiedete Minengesetz betrifft hauptsächlich den industriellen Abbau und weniger den Kleinbergbau. Und doch markiert das Gesetz einen Perspektivenwechsel. Während zuvor die guineische Nationalität Grundvoraussetzung für die Vergabe von Abbaurechten war, sind nun auch Personen aus jenen Ländern antragsberechtigt, in denen GuineerInnen die gleichen Rechte zustehen. Die neuen Bestimmungen tragen somit dem mobilen und transnationalen Charakter des Goldabbaus Rechnung, werden allerdings noch nicht flächendeckend umgesetzt.

Doch im Allgemeinen wird der Kleinbergbau nicht so sehr durch neue Gesetze sondern viel stärker durch anderweitige Massnahmen der Regierung beeinflusst. So untersagt beispielsweise ein Dekret aus dem Jahr 2011 jegliche Aktivitäten in den Minen während der Regenzeit. Die Massnahme sollte zur Vermeidung von Unfällen in den Grubenschächten aufgrund des Regens und zur Gewährleistung der landwirtschaftlichen Selbstversorgung in den Minengebieten beitragen. In den Präfekturen Siguiri, Mandiana und Kankan, wo der Goldabbau seit langer Zeit praktiziert wird, hatte das Dekret massive Auswirkungen: Zunahme von Migration und «illegalem» Goldabbau, gesteigerte Risikobereitschaft, sowie wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Nach der Schliessung dieser Abbaustätten im Mai 2011 begab sich eine grosse Zahl der wandernden Goldschürfer in die Nachbarländer. Erfahrene Mineure, die über genügend finanzielle Mittel und professionelle Netzwerke verfügten, zogen vor allem in die Grenzregionen, um dort ihre Tätigkeiten weiterzuführen. In den Regionen Kangaba, Selingue, Misseni und Sikasso in Mali nahm in der Folge die Anzahl der Goldschürfer sprunghaft zu. Dies führte zu entsprechenden Problemen bezüglich Unterkunft und sanitären Einrichtungen.

Zahlreiche weniger erfahrene, oft jüngere Goldschürfer, die über weniger finanzielle Mittel verfügen, sahen sich jedoch gezwungen, auf eine Wiederaufnahme der Aktivitäten vor Ort zu warten. Einige vermochten kurzfristig in der lokalen Landwirtschaft ein Auskommen zu finden, andere konnten dank ihren Ersparnissen oder der finanziellen Unterstützung der Familie in ihre Dörfer zurückkehren. Der Mehrheit der gestrandeten jugendlichen Mineure, die oft von der lokalen Bevölkerung marginalisiert werden, blieb hingegen nichts anderes übrig, als sich irgendwie durchzuschlagen. Dies geschah meist, indem die Schürfer die neue Reglementierung missachteten, also trotzdem Gold abbauten und damit ein beträchtliches Risiko in Kauf nahmen. In der Folge registrierte das lokale Rote Kreuz mehr als 200 Tote durch das Einstürzen von Gruben in einem Jahr.

Besonders in Regionen wie Bouré, wo der Goldabbau beinahe die einzige wirtschaftliche Tätigkeit darstellt, war die Reaktion der AnwohnerInnen auf das Verbot drastisch. Hier hatte die Zunahme des Bergbaus zur Überwucherung des umliegenden Landes



Tage- und Untertagebau am Standort «Bougaria» in Bouré (Bild: Matthieu Bolay 2012).



und zu einem Verlust von landwirtschaftlichem Wissen geführt. Alter Aushub, eine Art Reserve, war nun gefragt, und seine Neubearbeitung erlaubte einigen Familien, wieder in die Landwirtschaft zu investieren.

In dieser Situation beklagen die Mineure insbesondere die mangelnde Anerkennung ihrer Aktivitäten. Tatsächlich wird der handwerkliche Goldabbau von den Behörden nicht als richtige Arbeit angesehen, sondern als saisonaler Zusatzverdienst für wirtschaftlich schwache Bevölkerungsgruppen, die hohe Risiken in Kauf nehmen, um an geringste Mengen Gold zu gelangen. Diese ungenügende Wahrnehmung führt zu unilateralen Beschlüssen, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gravierende Auswirkungen in den betroffenen Gebieten haben können. Sowohl in den Zielorten, wohin gewiefere Mineure weiter wandern, wie auch in den Gebieten, in denen die weniger versierten Schürfer ohne Verdienstmöglichkeiten verbleiben, können die von der Regierung eingeführten Massnahmen zu Konflikten führen. Doch die Mineure beharren auf dem Berufscharakter ihrer Tätigkeit: Sie weigern sich, zur (Bauern)hacke zurückzukehren, und unterstreichen, dass sie mit oder ohne Einwilligung von «Alpha» (Condé) weiterhin ihr Glück suchen werden. ■

Matthieu Bolay ist Doktorand am Maison d'Analyse des Processus Sociaux der Universität Neuenburg. Seine ethnologische Forschung befasst sich mit der Mobilität in den Goldabbaugebieten von Guinea, Mali und Côte d'Ivoire. Schon im Rahmen seiner Masterarbeit hat er sich mit den Produktionsbedingungen im Goldbergbau in Guinea auseinandergesetzt. Kontakt: matthieu.bolay@unine.ch.

## Zimbabwe

### Staatenlose Secondos erhalten eine neue Chance

Zwölf Jahre lang blieben in Zimbabwe Tausende Nachkommen der während der Nachkriegsjahre ins damalige Süd-Rhodesien eingewanderten LandarbeiterInnen aus Malawi, Zambia und Mozambique staatenlos. Wer nicht die nötigen Nachweise erbringen konnte, um die Nationalität der Herkunftsländer seiner Eltern oder Grosseltern einzufordern, dem raubte das 2001 erlassene Verbot doppelter Staatsbürgerschaft die staatliche Identität. Das Verbot wurde als Versuch interpretiert, die durch die Enteignungen der weissen FarmerInnen zu Tausenden arbeitslos gewordenen LandarbeiterInnen zur Rückwanderung zu bewegen, was für die meisten Secondos kaum eine Option oder gar unmöglich war. Erst die im April angenommene neue Verfassung Zimbabwes erlaubt ihnen wieder, mit ihren zimbabwischen Geburtsscheinen die Staatsbürgerschaft jenes Landes zu beantragen, in dem sie geboren sind. Doch die bürokratischen Mühlen mahlen langsam. Selbst in Fällen, in denen die Einbürgerung gelungen ist, konnten sich wohl die wenigsten in die Wahlregister für die Präsidentschaftswahlen eintragen. Nach dem Wahlsieg lassen sich bereits Stimmen aus der ZANU-Hierarchie vernehmen, die eine Änderung der Verfassung verlangen. ■

## Südafrika

### Hin und Her mit der Zensur

Im Frühjahr verabschiedete das südafrikanische Parlament den Gesetzesentwurf für die «Secrecy Bill». Dieser schafft die Möglichkeit, amtliche Dokumente als Staatsgeheimnisse einzustufen, deren Veröffentlichung unter Strafe gestellt werden soll. Das Parlament in Kapstadt hatte das Gesetz nach jahrelangen Beratungen gegen den geschlossenen Widerstand von Opposition, JournalistInnen und Medienhäusern, Menschen- und Bürgerrechtsgruppen sowie prominenten KritikerInnen wie der Nelson-Mandela-Stiftung und den NobelpreisträgerInnen Nadine Gordimer und Desmond Tutu verabschiedet. Selbst diese jüngste, vom Nationalrat der Provinzen (der zweiten Kammer) etwas entschärfte Fassung sah Haftstrafen von bis zu 25 Jahren für die Enthüllung geheimer Informationen vor.

Ein solches Gesetz würde journalistische Veröffentlichungen über politische Korruption, Finanzskandale, Missmanagement und Günstlingswirtschaft deutlich erschweren und Selbstzensur begünstigen. Manche KritikerInnen haben es mit den Zensurgesetzen der Apartheid-Ära verglichen. In der ursprünglichen Fassung sah es vor, dass sämtliche staatlichen Behörden Dokumente nach Gutdünken als Staatsgeheimnis einstufen können. Diese Befugnis wurde in späteren Entwürfen auf begründete Fälle sowie auf staatliche Stellen beschränkt, die direkt mit Sicherheitsfragen befasst sind. Ausnahmeregelungen für Whistleblower oder Medienschaffende, die geheime Informationen im Interesse des Gemeinwohls öffentlich machen, waren jedoch weiterhin nicht vorgesehen.

Nun hat Südafrikas Präsident Jacob Zuma Mitte September das heftig umstrittene «Gesetz über den Schutz staatlicher Informationen» gestoppt und zur erneuten Beratung an das Parlament zurückgewiesen. ■

## Äthiopien

### Ausverkauf von Land

Äthiopien forciert die Ansiedlung ausländischer Unternehmen für die landwirtschaftliche Produktion. Im Land am Horn von Afrika gibt es keinen privaten Landbesitz. Die insgesamt 111,5 Millionen Hektar Land gehören dem Staat. Drei Viertel davon sind für die Landwirtschaft geeignet, doch davon wird nur etwa ein Fünftel (15 Millionen Hektar) bestellt. Vorab in dünn besiedelten Gegenden hat die Regierung ausländischen InvestorInnen 3,6 Millionen Hektar verpachtet. Doch auch hier ist die Landabgabe mit der Umsiedlung der einheimischen BäuerInnen verbunden, die das Land über Generationen bestellt haben. Amnesty International kritisiert, dass der als Gegenleistung für die ausländischen Investitionen in Aussicht gestellte Zugang zu Wasser und Elektrizität nicht erfolgt. Die Landvergabe an ausländische InvestorInnen führt zum paradoxen Ergebnis, dass landwirtschaftliche Produkte exportiert werden, Teile der ländlichen Bevölkerung jedoch von der Nahrungsmittelhilfe der Regierung abhängig sind. ■

**Brain Drain**

Die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) berichtet, dass die Zahl der aus Least Developed Countries (LDC) emigrierten Hochqualifizierten inzwischen an die zwei Millionen betragen dürfte. Dies sind 55 Prozent mehr als zu Beginn des Jahrtausends. In den 49 LDCs ist die Emigrationsrate der HochschulabsolventInnen bei fast 20 Prozent ange­langt und vor allem im Erziehungs- und Gesundheitswesen verheerend. Langfristig blockieren solche Abwanderungsraten die gesamte Wirtschaftsentwicklung und machen die positiven Effekte der Geldtransfers der Diaspora zunichte. Die UNCTAD schlägt vor, eine Finanzierungsmöglichkeit für Rücktransfers von Wissen und Erfahrungen durch die EmigrantInnen zu schaffen. Sie sollen neue Investitionen in ihre Heimatländer ziehen, indem sie dort produktive Kapazitäten schaffen und damit die Bandbreite produzierter Güter und Dienstleistungen verbreitern. Dies wäre ein Rezept, um die unbeständigen Wachstumsmöglichkeiten der reinen Rohstoffextraktion zu verstetigen. Ob unter dem Druck der weltweiten Konkurrenz ein solcher Plan breit umgesetzt werden kann, ist allerdings fraglich. Freihandelsabkommen verbieten gerade den LDCs, ihre eigene Industrie zu schützen.

Einen direkten Mehrwert aus der Emigration versucht Eritrea zu erzwingen: In Kanada wurde der Konsul des Landes verurteilt wegen Versuchen, emigrierte Landsleute systematisch mit einer Abgabe von zwei Prozent ihrer Einkünfte zu besteuern. ■

**Steuerungshebung hält Afrika arm**

Selbst europäische Staatsoberhäupter stöhnen angesichts wachsender Schulden und der noch immer legalen Möglichkeiten multinationaler Gesellschaften und Privater zur Steuervermeidung. ExpertInnen der Jubilee Debt Campaign (JDC) schätzen, dass Afrika zwischen 1970 und 2010 das Doppelte aller in dieser Zeit geflossenen Entwicklungshilfegelder durch Steuervermeidung verloren hat: 814 Milliarden USD! Für multinationale Unternehmen ist es in diesen 40 Jahren betriebswirtschaftlicher Usus geworden, ihre Gewinne in die Hauptsitze und von dort weiter in Briefkastendomizile an steuergünstigen Standorten zu verschieben. «So kommt es», sagt Tim Jones von JDC, «dass der durchschnittliche mozambiquanische Arbeiter den hochbezahlten Executive in London subventioniert.» Auch für die lokalen Eliten ist es ein Leichtes, ihr wie auch immer erworbenes Vermögen am Fiskus vorbei zu schmuggeln: Nigeria hat 80-mal weniger SteuerbeamtenInnen für 1000 EinwohnerInnen als zum Beispiel Holland. ■

**Schweizer Holzhandelsfirma im Zwi­elicht**

Gleich doppelt kam die Luzerner Firma Danzer dieser Tage in die Schlagzeilen: Zum einen deckte Greenpeace auf, dass eine Schiffsladung Tropenholz im Hafen von Antwerpen einer illegalen Konzession für Holzschlag im Kongo (DRC) entstammt. Sie war von Danzers Bois d'Afrique Mondiale angekauft worden. Auf ihrer Website rühmt sich diese Firma allerdings, die internationale Konvention zum Schutz der Tropenwälder zu respektieren: «Wir handeln mit Lieferanten, welche ... lokalen Anforderungen für legalen Holzschlag folgen. Unsere Lieferanten agieren in sozial und ethisch verantwortlicher Weise.» Auch das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO war alarmiert worden, reagierte aber mit dem Hinweis, dass die Schweiz über kein dem Einfuhrverbot der EU entsprechendes Gesetz verfügt.

Zum anderen und fast zur gleichen Zeit reichte das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) Klage gegen den Manager der Danzer-Tochter Siforco ein. Diese ist vertraglichen Verpflichtungen zu Sozialprojekten zu Gunsten der Bevölkerung des Holzschlag-Gebiets nicht nachgekommen und liess 2011 deren Proteste (und Übergriffe) durch die Polizei niederschlagen. Die Sicherheitskräfte, herbeigeführt mit Fahrzeugen und Fahrern der Firma und von dieser für den Einsatz bezahlt, fielen im Morgengrauen des 2. Mai 2011 über das Dorf her und vergewaltigten und verhafteten willkürlich BewohnerInnen. Greenpeace ergänzt diesen Bericht um zwei frühere Vorfälle: 2005 schoss die Polizei auf soweit friedliche Demonstrationen. Dabei wurden fünf Personen getötet und 17 weitere verletzt. 2007 wendete sie in ähnlicher Weise Körperverletzungen und Vergewaltigungen zur Massregelung der Bevölkerung an. Über allfällige Entschädigungen und Verhandlungen ist nichts bekannt. ■

# Rohstoffreichtum und Selbstbestimmung

## Wer hat das Sagen?

**Bis vor kurzem gab es einen positiven Medienhype um Afrika. Aus dem «Kontinent des Hungers» wurde kurzzeitig wieder der «Kontinent der Hoffnung». «Bis vor kurzem», weil dieser Hype vor allem auf hohen Rohstoffpreisen basierte, die mit der Weltwirtschaftskrise einbrachen, und «wieder», weil eine ähnliche Entwicklung zuletzt in den 1960ern und 1970ern stattgefunden hat, schreibt Johannes Knierzinger.**

Vor einem halben Jahrhundert gingen Unabhängigkeitsbewegungen, Wiederaufbau und eine generelle Aufbruchsstimmung Hand in Hand mit einem Rohstoffboom, der durch die Reaktion vieler erdölexportierender Staaten auf den Jom-Kippur-Krieg erheblich verstärkt wurde. Und auch nach der Jahrtausendwende waren es einzelne politische Entscheidungen, die den Boom erheblich verstärkten. Das bis vor kurzem zweistellige Wachstum Chinas basiert auf einer autozentrierten Rohstoffpolitik, die immer wieder zu Streitfällen bei der Welthandelsorganisation führt. Gemeinsam mit anderen Staaten löste China auf diese Weise ein Geringel um Afrika aus, das oftmals mit der Zeit des Imperialismus verglichen wird. Gleichzeitig mit dieser Rohstoffhausse verdoppelten die USA ihr Militärbudget für Afrika, und auch europäische Staaten zeigten wieder ihre Zähne, wenn es um «ihre» Rohstoffe ging.

Auch in Guinea standen ab etwa 2004 alle gewichtigen globalen Minenkonzerne Schlange und akzeptierten Bedingungen, von denen die guineische Elite zuvor nicht einmal zu träumen gewagt hatte. Wie fast alle rohstoffreichen und kapitalarmen Staaten startete die Regierung daraufhin eine Neuverhandlung der bestehenden Minenverträge, kündigte die Gründung eines staatlichen Rohstoffkonzerns an und erarbeitete ein neues Bergbaugesetz, das den Konzernen ein Vielfaches der gegenwärtigen Steuerabgaben vorschreiben sollte. Angestossen wurde diese Reform auch von den Betroffenen selbst: Die Neuverhandlung der Verträge begann bereits unter der wirtschaftsliberal ausgerichteten Regierung von Lansana Conté, nachdem ein Generalstreik das Land im Frühjahr 2007 lahmgelegt hatte.

### Sozialismus ohne Souveränität

Guinea besitzt mit Abstand die weltweit grössten Reserven an Bauxit, dem Rohstoff für die Produktion von Aluminium, die grössten zusammenhängenden Eisenerzlager der Welt, bisher unangetastet, sowie ergiebige Gold- und Diamantvorkommen. Gold wird sowohl industriell als auch handwerklich abgebaut, Diamanten nur in kleinem Massstab. Trotz dieses enormen Reichtums an Rohstoffen und Energie rangiert Guinea im «Index für menschliche Entwicklung» unter den letzten zehn Staaten. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Grundlegend ist jedoch ein historisch gewachsenes Machtungleichgewicht, das Kwame Nkrumah, der erste Präsident Ghanas, folgendermassen beschrieb:

«Das Wesen des Neokolonialismus besteht darin, dass der Staat, der diesem ausgesetzt ist, theoretisch unabhängig ist und über den gesamten äusserlichen Verputz der internationalen Souveränität verfügt. In Wirklichkeit wird sein ökonomisches System und damit seine Politik aber von aussen kontrolliert.»

Nkrumah wurde wenige Monate nach Veröffentlichung dieser Zeilen, im Februar 1966, mit Hilfe der CIA gestürzt. Er wurde daraufhin von Sékou Touré aufgenommen und als Co-Präsident von Guinea vereidigt. Diese Solidarität gründete nicht nur auf einer gemeinsamen Ideologie: Wenige Tage vor Nkrumahs Sturz wurde in Ghana der flächenmässig grösste Staudamm der Welt eröffnet, der entgegen Nkrumahs Ideen fast ausschliesslich der Aluminiumerzeugung dienen sollte. Nkrumahs ursprüngliche «Extrawünsche», darunter eine Fischereiindustrie um den See, landesweite Elektrifizierung, industrieller Reisanbau und die Raffinierung des Bauxits, wurden allesamt fallengelassen. Die Geschichte in Guinea verlief ähnlich. Touré verfolgte nach Aussen einen rhetorisch-revolutionären Zick-Zack-Kurs zwischen den Machtblöcken, wirtschaftspolitisch ging es jedoch vor allem darum, den Bauxitexport, die fast ausschliessliche Geldquelle der Regierung, nicht versiegen zu lassen. Hinter den Kulissen fuhr Touré also einen Kuschelkurs mit eben jenen «Neokolonialisten», die er öffentlich verurteilte. In beiden Fällen schafften es die Konzerne, ihre Fabriken und Minen so zu verteilen, dass die jeweiligen Regierungen möglichst wenig Machtzuwachs dabei erfuhren: Ghana produziert bis heute kleine Mengen Bauxit und mit Unterbrechungen grössere Mengen an Aluminium – Raffinerien für das Zwischenprodukt Tonerde wurden trotz vieler Versprechungen nie errichtet. Guinea produziert bis heute fast nur Bauxit, obwohl bisher alle guineischen Regierungen Aluminiumschmelzen errichten wollten.

Die Konsequenzen dieser vom Ausland diktierten Entwicklung sind vor allem in Guinea überwiegend negativ. Noch heute erwirtschaften weniger als 3500 Personen ungefähr zwei Drittel aller Deviseneinnahmen und damit einen Grossteil des gesamten Regierungsbudgets. Diese 3,5 Promille der insgesamt zehn Millionen GuineerInnen sind direkte und indirekte Angestellte eines einzigen Joint Venture namens Compagnie de Bauxite de Guinée (CBG), das heute von einer nordamerikanischen (Alcoa), einer australisch-englischen (Rio Tinto) und einer europäischen Firma (Dadco) sowie vom guineischen Staat gehalten wird.

### Firmen besitzen Städte

Der Aluminiumsektor ist in vielerlei Hinsicht mit der Erdölwirtschaft vergleichbar: Wer eine Bauxitmine errichten will, braucht viel Geld, wenige Arbeitskräfte und möglichst gute Beziehungen zu den wenigen BesitzerInnen der anderen Bauxitminen auf der Welt. Seit den 1970ern teilen sich die wenigen grossen Konzerne fast alle Minen, um Risiken zu minimieren. Diese hohe Konzentration geht einher mit hoher vertikaler Integration und einer starken Verschränkung mit Regierungen. Vertikale Integration bedeutet, dass diese Firmen auf der Basis des Bauxits Dosen oder Flugzeugteile produzieren und vertreiben – also genau das tun, was sie

den rohstoffreichen Regierungen versagen. Auf diese Weise können Gewinne fast beliebig verschoben und Steuern dort bezahlt werden, wo sie am niedrigsten sind. Dadco etwa hat seinen Firmensitz auf der als Steueroase bekannten Kanalinsel Guernsey und seine Vertriebsstelle in Lausanne, verarbeitet den guineischen Bauxit aber im norddeutschen Stade. Die starke Verschränkung mit Staatsapparaten war bis in die 1960er eine Konsequenz militärischer Überlegungen – Flugzeuge etwa bestehen bis heute zu 70 bis 80 Prozent aus Aluminium. Danach wurde das Leichtmetall immer wichtiger für Bauwirtschaft, Verkehr und Verpackung. Chinas steiler Aufstieg ist auch hier sichtbar: Im Jahr 2000 produzierte und verbaute es erst etwas mehr als ein Zehntel, mittlerweile aber schon fast die Hälfte des weltweiten Aluminiums.

Die machtpolitischen Konsequenzen dieser Verflechtungen sind überall in Guinea sichtbar: So verfügt der russische Oligarch Oleg Deripaska als Mehrheits-eigentümer von Rusal, der drittgrössten in Guinea tätigen Firma, laut Forbes über ein Vermögen von 8,8 Milliarden USD und verfehlt damit knapp das gesamte Jahreseinkommen aller zehn Millionen GuineerInnen zusammen. Allein die jährlichen Gewinne (nicht der Umsatz) von Rio Tinto bewegen sich in der gleichen Grössenordnung und sind damit zehnmal höher als das guineische Regierungsbudget. Ähnlich sieht es auf lokaler Ebene aus: Geht ein australischer Geologe auf den Markt einer guineischen Minenstadt, so tauscht er eine Arbeitsstunde in der Mine mit 200 bis 500 Arbeitsstunden eines oder einer HändlerIn. Er könnte nach einer Stunde Arbeit also 200 bis 500 GuineerInnen eine Stunde lang für sich arbeiten lassen. Neben der umfassenden Kontrolle der Firmen in den Minenstädten (Elektrizität, Wasser, Krankenhäuser, Strassen usw.) besitzen deren guineische und ausländische Angestellte durch diesen enormen Kaufkraftunterschied zudem die Privatschulen, Geschäfte und Immobilien.

### **Korruption ist nur die Spitze des Eisbergs**

In Guinea wurden allein in den letzten Jahren acht neue Bauxitminenprojekte begonnen. Die Produktion sollte sich damit bis 2020 verdreifachen. In den Verhandlungen wurde den Grössenrelationen entsprechendes Handgeld angeboten, was nicht nur die guineische Presse beschäftigte – siehe zum Beispiel die öffentliche Erniedrigung des Repräsentanten von Rusal, Anatoly Patchenko, durch den selbsternannten Kurzzeitpräsidenten Moussa Dadis Camara auf YouTube. Der eigentliche Skandal ist aber nicht der Umstand, dass viele Aluminiumkonzerne «korrupt» und die guineische Politik «käuflich» sind, sondern zum Beispiel die Situation vor Ort, wenn ein Konzern beschliesst, seine Zelte abzubauen. Als Rusal etwa die Produktion in Fria, einer der ältesten Bauxitstädte Guineas, im August 2012 anhielt, stoppte es zugleich die Versorgung mit Wasser und Strom sowie andere grundlegende Dienste. Die Stadt stand damit am Rande einer humanitären Katastrophe. Der Bürgermeister sprach von einer hungernden Bevölkerung, die sogar ihre Möbel für Nahrungsmittel verkaufte. Diese Situation lässt sich auf das gesamte Land übertragen: Nach den grossspürigen Ankündigungen von Regierungsseite (siehe oben)

ruderte der derzeitige Präsident Alpha Condé bereits im Mai dieses Jahres wieder zurück: Aus Angst, Investoren zu verlieren, wurden die Steuern weiter gesenkt. Ein Teil dieser Gelder fliesst nun über die Corporate Social Responsibility der Konzerne wieder in «öffentliche» Investitionen, wie Fussballplätze, Naturschutzgebiete oder Krankenhäuser. Nur eben nicht nachhaltig, undemokratisch und völlig unkoordiniert.

Die meisten für Guinea richtungsweisenden Entscheidungen werden also weiterhin ausserhalb des Staatsgebiets getroffen. Neoimperialismus ist dafür aber der falsche Ausdruck: Hinter dem halbstaatlichen globalen Konzerngeflecht liegen keine hegemonialen Interessen vergleichbar mit jenen der alten Kolonialmächte. Frankreich etwa hatte nach dem zweiten Weltkrieg konkrete Pläne zur Errichtung einer integrierten Flugzeugindustrie in Guinea. Die heutigen «Machthaber» schaffen es nicht einmal, sich beim Bau einer Eisenbahnstrecke, der Transguinean, zu koordinieren: «Entwicklung» findet den Konzerninteressen entsprechend auf bunten Websites und eventuell in Naturservaten statt; umfassende Entwicklungspläne sind jedoch fast undenkbar angesichts der derzeitigen Herrschaftskonstellation in Guinea.

Eine langfristige Lösung der alltäglichen Probleme in Guinea muss dementsprechend von einer Beschränkung der Macht der Konzerne ausgehen und nicht von einer Ausweitung ihrer Kompetenzen, wie sie derzeit mit dem Begriff der Corporate Social Responsibility, der freiwilligen Übernahme von sozialer und ökologischer Verantwortung durch Unternehmen, betrieben wird. Dafür steht eine Vielzahl an Instrumenten zur Verfügung: Schliessung der Steueroasen, Verschärfung des Kartellrechts, strafrechtliche Verfolgung von Unternehmen im Ausland, global sanktionierte Umwelt- und Arbeitsstandards über internationale Rahmenabkommen, Mindestlöhne für bestimmte Sektoren, zum Beispiel nach dem Vorbild der Asian Floor Wage Campaign, Verbot der Rohstoffspekulation oder faire und ökologisch nachhaltige öffentliche Beschaffung in den konsumierenden Staaten. Und wenn all das umgesetzt ist, macht es vielleicht auch Sinn, über politische Korruption zu reden – falls die Medien dann nicht ohnehin wieder voll von der angeblich selbstausgelösten Misere in Afrika sind. ■

Johannes Knierzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Global and European Studies der Universität Leipzig. Bevor er seine Forschung in Guinea aufnahm, arbeitete er zur Rolle traditioneller Autoritäten im Entwicklungsprozess in Ghana. Kontakt: johannes.knierzinger@uni-leipzig.de.

# Literatur

## Buchbesprechungen



**Ein Blick auf Zimbabwe.** Die Entwicklung in Zimbabwe, dem einstigen Hoffnungsträger und Brotkorb des südlichen Afrikas, führte in den letzten zwei Jahrzehnten anfänglich zu Irritationen, später zum blanken Entsetzen. Wie ist es möglich, ein einst prosperierendes Land so herunterzuwirtschaften? Wie konnte es nur zu diesem wirtschaftlichen Zusammenbruch kommen? Wie konnte die Korruption endemisch werden? Wie konnten Unterdrückte zu UnterdrückterInnen ihrer eigenen Mitmenschen werden? Fragen, die bewegen. Doch im deutschsprachigen Raum gibt es – im Unterschied zum englischsprachigen – kaum Publikationen, die Analysen und Erklärungsversuche enthalten. Nun legt Andrea Jeska eine Sammlung von 15 Berichten vor, die sie als Journalistin auf ihren Reisen in Zimbabwe zusammengetragen hat. Nicht alle befassen sich mit der jüngeren Entwicklung, doch sind die wesentlichen Themen der jüngsten Entwicklung dargelegt: die Massaker in Matabeleland in den 1990er Jahren in der Auseinandersetzung zwischen ZANU und ZAPU mit Völkermordcharakter, die Landbesetzungen, welche zum chaotisch durchgeführten Landumverteilungsprogramm führten, der wirtschaftliche Niedergang und die schamlose Bereicherung der kleptokratischen neuen Partieliten, die unermessliche Willkür des Machtapparates, die Recht- und Schutzlosigkeit der Andersdenkenden.

Endlich liegt nun eine etwas ausführlichere Darstellung der Entwicklung vor. Doch überrascht eine wichtige Erkenntnis: Zimbabwe ist nicht Mugabe! Es gibt Nischen und Überlebensstrategien. Viele Menschen warten ab, warten auf die Zukunft. Und sind optimistisch, dass sich das Elend eines Tages zum Besseren wenden wird. ■

Andrea Jeska: *Simbabwe, Agonie oder Aufbruch.* Frankfurt 2013 (Brandes & Apsel).



**Jugendproteste in Conakry.** Jugendbanden spielen bei den Protesten, die seit 2007 Guineas Hauptstadt Conakry erschüttern, eine prominente Rolle. In seiner Studie, die mit dem Nachwuchspreis der Vereinigung der Afrikawissenschaften in Deutschland ausgezeichnet wurde, geht Joschka Philipps der Frage nach, wie Jugendbanden zu derart wichtigen politischen Akteuren geworden sind. Er zeigt auf, wie sich die jungen Männer organisieren, wie sie ihre Protestkundgebungen und Aufstände ins Zentrum Conakrys tragen, und wie sie das politische Establishment wahrnehmen und herausfordern, aber auch mit politischen Eliten kollaborieren. Philipps stützt sich auf eine breite Auswahl qualitativer und quantitativer Daten, um die Bedeutung von Populärkultur, Ethnizität, Klassenunterschieden und der sozio-ökonomischen Situation der jungen Männer für die gewalttätigen Proteste zu untersuchen. ■

Joschka Philipps: *Ambivalent rage. Youth Gangs and Urban Protest in Conakry, Guinea.* Paris 2013 (L'Harmattan).



**Russland und Südafrika.** Vom Panzerkreuzer Potemkin bis nach Pretoria – dieses Buch untersucht die lange und oft ignorierte Geschichte von Beziehungen zwischen dem Russischen Reich, der Sowjetunion und Südafrika. Obwohl mehrere Publikationen der marxistischen HistorikerInnen Filatova und Davidson seit Jahrzehnten sehr bekannt sind, ist ihre Arbeit (bis jetzt) in vielen liberalen akademischen Kreisen im Westen nicht wirklich wahrgenommen worden. Dieses Buch wird dies hoffentlich schnell ändern.

Mit einer der ältesten kommunistischen Parteien der Welt, ist die sowjetische Ideologie Südafrika nicht fremd. Dieses Forschungsprojekt folgt dem Aufstieg der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und des ANC durch mehrere Kapitel der sowjetisch-südafrikanischen Sozialgeschichte.

Mit neuem und oft kontroverserem Archivmaterial aus Russland und Südafrika rekonstruiert die Monographie den geheimen Faden der politischen Beziehungen, die seit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Apartheid-Südafrika und der Sowjetunion im Jahre 1956 existierten. Das monumentale Werk beweist wirklich, dass der ANC ohne sowjetische Hilfe nicht in der Lage gewesen wäre, den Kampf gegen die Apartheid zu führen. ■

Irina Filatova und Apollon Davidson: *The Hidden Thread. Russia and South Africa in the Soviet Era.* Johannesburg 2013 (Jonathan Ball Publishers).



### Hotel Univers

Eine lebendige Musik von einem speziellen Musiker und einer ausgesprochen bodenverbundenen Band. Aus Kinshasa – immer wieder ein besonderer Musikort trotz Armut, Kriegen, Diktaturen und Kolonialismus. Zwar sind die Zeiten der grossen Soukous-, Rumba- und Gitarren-KönigInnen vorbei. Doch die Musik liess sich nicht unterkriegen. Denken wir nur an Baloji oder Staff Benda Bilili, welche in den letzten Jahren erfolgreich die Musikklubs der Welt eroberten.

Auch bei Jupiter & Okwess International spielen MusikerInnen aus der Staff Benda Bilili-Szene mit. Bandleader und Sänger Jupiter Bakondji hat wahrlich ein bewegtes Leben hinter sich. Aufgewachsen ist er als Sohn eines kongolesischen Diplomaten in Ostberlin, der Hauptstadt der DDR. Das Mandat seines Vaters endete und zurück ging es in das unruhige Kinshasa. Doch schon in Ostberlin war Jupiter musikalisch aktiv. Und weil er dauernd als schwarzer Exot angeglotzt wurde, nannte er seine Band «Die Neger».

Nach der Rückkehr war Musik sein Leben. Kein Blatt nahm er vor den Mund. Auch als Musiker der Strasse war er aktiv und an verschiedenen Musikprojekten beteiligt. Seine Lieder sind voller Witz, Beobachtungen und kritischen Fragen. Hotel Univers, der Titel der Platte, weist hin auf ein Hotel der Welt, der Flüchtlinge, der Hoffnungen und der verlorenen Träume. Ein kaputtes Schwimmbad – Warten auf Godot,

auf Papiere, auf Träume, die nicht in Erfüllung gehen, auf ein besseres Leben, auf einen Flug. Endloses Warten. Und dafür die Hilfswerkstyphen mit ihren brandneuen Toyota Land Cruiser.

Jupiter macht eine Musik zwischen Manu Dibango in seinen besten Zeiten, Afro Beat und tiefer Rumba. Wechselnde Stimmen, Gesänge, Sprechelagen. Die Hauptband besteht aus Nelly Eliya (Gesang), Richard Kabamga (Gitarre), Da Costa (Perkussion), Yende Bongongo (Gesang), Jupiter Bokondji (Gesang), Anderson Bilomba (Gitarre) und Alberto Makosa (Schlagzeug). Diese starke Kerngruppe wird durch verschiedene arrivierte MusikerInnen unterstützt. Die ganze Produktion ist dem Vater des kongolesischen Gitarrenspiels, François Mantula Nyomo, gewidmet. Damit verneigt sich diese offene und ehrliche Platte vor der grossen kongolesischen Musikgeschichte. Jupiter, dieser Musiker welcher in seinen Songs vieles an- und ausspricht, sich mit der Geschichte und der Zukunft auseinandersetzt, nennt sich auch Rebel General, ganz im Sinne einer musikalischen Rebellion – einer Rebellion mittels Text und Musik für eine Zukunft des geschundenen Kongo. ■

Jupiter & Okwess International: Hotel Univers (2013). 12 Tracks. Etwa 45 Minuten. Out Here Records.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. [medien@comedia-sg.ch](mailto:medien@comedia-sg.ch). [www.comedia-sg.ch](http://www.comedia-sg.ch), mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



### Südafrika im Bird's Eye

Der Titel «South Africa» dieser CD ist leicht irreführend, denn bei den vertretenen Formationen handelt es sich fast durchweg um südafrikanisch-schweizerische Kooperationen. Die dreizehnte CD in der Reihe «Live at the Bird's Eye» dokumentiert die zehnjährige Zusammenarbeit zwischen dem Basler Jazz-Club und dem Zentrum für Afrikastudien und führt den ZuhörerInnen die Dichte, Vielfalt und Vitalität der gegenwärtigen Jazzszene Südafrikas vor Augen respektive Ohren. So sind in Sachen Piano Paul Hanmer mit seinen Soloeskapaden, der voll engagierte jugendliche Kyle Shepherd wie auch der um jede Note werbende Afrika Mkhize zu hören. Auch bei den Trompetern sind drei sehr unterschiedliche Stimmen vertreten: Marcus Wyatt, Feyfa Faku und der leider viel zu früh verstorbene Alex van Heerden, der auf dieser CD auch am Akkordeon zu hören ist. Ein besonderes Vergnügen bereitet der im Afrikaans der Cape Flats rappende Slam Poet Jitsvinger. Doch auch den Schweizer Musikern wie Fabian Gisler mit seinen gewagten Bass-Riffs und dem meisterhaften Schlagzeuger Dominic Egli gebührt alle Ehre. ■ Live at the Bird's Eye Jazz Club. Volume 13: South Africa (2013). 10 Tracks. 75:51 Minuten. The Bird's Eye Jazz Club.

Henri Yéré ist Historiker und Schriftsteller mit einem besonderen Interesse an populärer Musik. Er studierte in Basel Geschichte und in Basel African Studies, wo er mit einer Arbeit zu Nationalität und Staatsbürgerschaft in Côte d'Ivoire promovierte. Kontakt: [hmyere@gmail.com](mailto:hmyere@gmail.com).

### Unsere Gäste und ihre Verbindungen – auch in Guinea

sg. 2010 kommt in Guinea endlich ein demokratisch gewählter Präsident an die Macht: Was kann er für sein Land tun? Trotz riesiger Eisenerzlager und der weltgrössten Bauxitvorkommen, die schon seit Kolonialzeiten intensiv ausgebeutet werden, rangiert Guinea unter den letzten Zehn auf der Skala menschlicher Entwicklung. Der überwiegende Teil der Bevölkerung lebt in bitterer Armut. Bei allen äusseren Zwängen, die eine guineische Regierung unter Druck halten, hat Präsident Alpha Condé doch versucht, Licht in die Abwicklung der verschiedensten Bergbaukonzessionen zu bringen, die dem Staat und der Mehrheit so wenig eingebracht haben. Wie oft seine Experten dabei fündig geworden sind, und wie lange er diese Übung weiterführen kann, wissen wir nicht. Ein Fund aber sollte uns besonders interessieren.

1997, zur Zeit der zweiten Diktatur unter Lansana Conté, wurden die Explorationsrechte für die Eisenerzlager von Simandou an Rio Tinto vergeben. Aber 2008 entzog Conté dem australisch-britischen Konzern die Hälfte der Rechte wieder mit der Begründung, die Entwicklung schreite zu langsam voran. Die andere Hälfte

wurde auf das Versprechen hin, massiv zu investieren, gratis an BSG-Resources (BSGR) abgegeben. Dieses Rohstoffunternehmen gehört dem israelischen Milliardär Beny Steinmetz: Bislang 160 Millionen USD hat dieser investiert. Die Transaktion war durch einen Vertreter von Pentler Holdings vermittelt worden, der allerdings gerade in den USA verhaftet wurde. Denn seine Vermittlung soll mittels eines «Geschenks» an «eine von Contés Frauen» zustande gekommen sein. Pentler Holdings, welche zeitweise Anteile an BSGR Guinea besass, war 2005 von ONYX Financial Advisors gegründet worden – und ONYX hat seit 1999 eine Niederlassung in Genf, die auch von BSGR als Kontaktadresse in der Schweiz angegeben wird. Auf Antrag der guineischen Behörden wurde diese Adresse kürzlich von der Genfer Polizei besucht. Einschlägige Dokumente sollen dabei beschlagnahmt worden sein. BSGR hat derweil 51 Prozent seiner Rechte für 2,5 Milliarden USD an den brasilianischen Bergbaukonzern Vale weiterverkauft.

Aber lassen wir diese unsere Gäste (vor deren Verschwinden wir StimmbürgerInnen jeweils gewarnt werden, wenn eine fortschrittliche Initiative zur Abstimmung kommt) selber für sich sprechen: Auf seiner Webseite preist sich ONYX folgendermassen an: «Wir offerieren umfassende Dienste für korporative und private Kunden und sind sehr stolz auf unsere Erfolgsgeschichte für verantwortungsvolles Management, dynamische Vermögenskreation und einen kompromisslosen Einsatz in der Durchführung im Einklang mit den Bedürfnissen unserer Kunden» (Übersetzung sg). ■

Quellen: NZZ Wirtschaft, 06.09.2013;  
[www.onyxfa.com/about-us](http://www.onyxfa.com/about-us) und [www.onyx-cie.ch](http://www.onyx-cie.ch).

### LeserInnenservice

#### Ich bestelle beim Afrika-Komitee

- «Südafrikanische Küche», 2., erw. Auflage (Fr. 29.– + Fr. 4.– Porto)
- «Afrikanisch Kochen» (Fr. 28.– + Fr. 4.– Porto)
- Oliver Mtukudzi, «The Other Side», CD (Fr. 27.– + Fr. 2.– Porto)
- Afrika-Bulletin 151: Landkonflikte im südlichen Afrika
- Afrika-Bulletin 150: Jubiläumsausgabe: 150 Hefte kritische Solidarität
- Afrika-Bulletin 149: Bergbau: Soziale Verantwortung und Konflikte
- Afrika-Bulletin 148: Ernährungssicherheit in Afrika
- Afrika-Bulletin 147: Von der Befreiungsbewegung zur Regierungspartei
- Afrika-Bulletin 146: Zugang zu Wasser

#### Ich abonniere das «Afrika-Bulletin»

- Ich werde Mitglied des Komitees (Fr. 60.–/Euro 40.– Jahr, inkl. Bulletin)
- Jahresabonnement (Fr. 30.–/Euro 25.–)
- Unterstützungsabonnement (Fr. 60.–/Euro 50.–)

#### Ich möchte mehr über das Afrika-Komitee wissen

- Jahresbericht 2010
- Plattform des Afrika-Komitees
- Ich kann für das Afrika-Bulletin werben, sendet mir Probeexemplare zum Verteilen

Name .....

Strasse .....

PLZ/Ort .....